

Türkislamisierung Deutschlands schreitet voran



Die SPD wünscht sich die deutsche Flagge bereits mit integriertem Halbmond. Auf ihrer Homepage phantasiert sich der beim SPD-Vorstand beschäftigte Autor Jochen Wiemken zum Stichwort „50 Jahre Anwerbeabkommen“ in seinem Artikel „Zusammen leben“ eine ganz eigene Version der Geschichte zusammen: Deutschland hätte die türkischen Gastarbeiter „dringend benötigt“. Seltsam. War es nicht so, dass die Türkei eine immens hohe Arbeitslosigkeit hatte, dringendst einen Teil dieser Menschen loswerden wollte und darauf spekulierte, irgendwann gut ausgebildete Fachkräfte zurückzubekommen? Und waren es nicht auch die USA, die aufgrund der Bedeutung der Türkei für die Nato auf dieses Zugeständnis Deutschlands, das sich hierzu äußerst ablehnend zeigte, intensiv drangen?

(Von Michael Stürzenberger)

Die Geschichtsschreibung wird hierzulande von weiten Teilen der Medien und der Politik in einer geradezu dreisten Art und Weise massiv frisiert. Glauben diese Heuchler tatsächlich, dass der deutsche Michel so ungebildet ist, um sich solche Märchen eintrichtern zu lassen? Das hat ja schon fast das Niveau des „Islam bedeutet Frieden“-Geschwätzes. SPD-Wiemken

fabuliert:

Die Bundesrepublik erlebte in den 50er und 60er Jahren einen starken Konjunkturaufschwung, das „Wirtschaftswunder“. Bedroht wurde die Entwicklung einzig durch fehlende Arbeitskraft – die Unternehmen suchten händeringend nach zusätzlichen Arbeitnehmern im Ausland. So auch ab 1961 in der Türkei. Die Gastarbeiter steigerten in der Folge das Inlandsprodukt – und auch die Steuereinnahmen in der noch jungen Bundesrepublik.

Die SPD scheint wieder einmal auf Fang von türkischstämmigen Wählerstimmen zu sein. So wird das 50-jährige Jubiläum des Anwerbeabkommens – mit klitzekleinen Einschränkungen – in erster Linie bejubelt:

Ohne Probleme durch zum Teil mangelnde Integration zu ignorieren, ist für die SPD das Jubiläum vor allem ein Grund zu feiern – zum Beispiel mit einer großen Festveranstaltung am 27. Oktober. Denn das Zusammenleben hat das Land vor allem bereichert.

Die SPD hat scheinbar ein kurzes Gedächtnis. Darf man noch einmal kurz an die Aussage des damaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt in der Wochenzeitung „Zeit“ vom 5.2.82 erinnern:

“Mir kommt kein Türke mehr über die Grenze!”

Oder auch an die nette Formulierung des damaligen hessischen Ministerpräsidenten Holger Börner, ebenfalls SPD, ebenfalls 1982:

“Es kommt, solange ich in Hessen etwas zu sagen habe, kein Türke mehr ins Land. Denn die sozialen Folgekosten sind so hoch, dass es unverantwortlich ist, das fortzusetzen.”

Wie sich doch der Zeitgeist ändern kann. Spannend ist in dem

Zusammenhang auch der Artikel „Türkischstämmige Berliner nehmen Diskriminierung nicht mehr hin“ aus dem Tagesspiegel. Dort wird ein Berliner Grundstücksbesitzer zitiert (Hervorhebung von PI):

Es war ein Versehen, dass der Besitzer eines Gewerbegrundstücks in Moabit das Fax nicht an seinen Partner, sondern an ein von türkischstämmigen Berlinern geleitetes Taxiunternehmen schickte, das die Immobilie mieten wollte. „Da war die Rede von osmanischen Besatzern, die man im Gegensatz zu den Alliierten leider nicht mehr los würde – wir dachten, wir lesen nicht richtig“, erzählt ein Geschäftsführer der Taxifirma: „Man vermutet ja schon hin und wieder ethnische Ressentiments, aber dass sie so offen dargelegt werden, ist selten.“

In dem Fax stand auch, dass der Grundstücksbesitzer, ein Handwerksmeister, ein großes Maklerbüro mit der Suche nach einem Mieter beauftragt habe – und zwar ausdrücklich mit der Maßgabe, dass es sich dabei um „keine Osmanen und Co“ handeln dürfe.

Das Beste an der Geschichte – der Mann hat auf Nachfrage nicht etwa klein beigegeben, sondern blieb bei seiner Haltung:

Er sei nicht bereit, in dieser Hinsicht Zugeständnisse zu machen, hieß es in dem Schreiben, das dem Tagesspiegel vorliegt, „egal, ob das rassistisch oder sonst etwa angebliches ausländerfeindliches Verhalten ist“.

Damit hier keine Missverständnisse aufkommen: Es gibt mit Sicherheit viele türkischstämmige Mitbürger, die sich gut in die Gesellschaft integrieren, mitarbeiten und auch zu unserem Land stehen. Meist handelt es sich hierbei aber neben wirklich säkular-modernen Moslems wohl hauptsächlich um Aleviten, die rund 10% der in Deutschland lebenden Türken ausmachen und eigentlich keine Moslems mehr sind.

In der Masse haben wir dagegen große Probleme, die sich deutlich in der Schulabbrecher-, Arbeitslosen- und Kriminalitätsstatistik ablesen lassen. Und alleine die Demonstrationen des vergangenen Wochenendes, bei denen sich Türken und Kurden massiv bekämpften, zeigen unmissverständlich, welche Probleme wir nach Deutschland importiert haben. Hier eine kurze Zusammenfassung der Teilnehmerzahlen und „Höhepunkte“:

Hamburg 2300:

Nach einer Demonstration gegen die Kurdische Arbeiterpartei PKK in Hamburg-St. Georg haben sich am Samstagabend rund 200 Türken und Kurden eine Auseinandersetzung geliefert. Die Kontrahenten seien verbal aufeinander losgegangen, vereinzelt sei es auch zu Handgreiflichkeiten gekommen, sagte ein Sprecher der Polizei am Sonntag. Die Beamten brauchten rund eine Stunde, um die Situation wieder zu entschärfen und die Personengruppen voneinander zu trennen.

Stuttgart 1.500, Karlsruhe 1.100, Mannheim 250:

Die Polizei nahm zahlreiche Personen vorübergehend fest. Die Beamten waren mit mehreren Hundertschaften im Einsatz. Verletzt wurde niemand. In der Landeshauptstadt flogen den Angaben zufolge am Rande der friedlichen Kundgebung Flaschen. Zwischenfälle gab es vor, während und nach dem Demonstrationzug. Die Polizei beschlagnahmte PKK-Flaggen, Teleskop-Schlagstöcke und Rasierklingen bei Sympathisanten der in der Türkei verbotenen PKK und Deutschen der linken Szene.

Köln 600:

Die Kölner Polizei hat gestern Nachmittag die Keupstraße in Mülheim abgesperrt. Mit einem Großaufgebot verhinderten Beamte, dass es auf der türkisch geprägten Meile zu Randalen kommt. Etwa 150 türkische Rechtsextreme wollten die Keupstraße stürmen und Fenster von Geschäften einschlagen. Außerdem flogen Flaschen und Steine. Insgesamt versammelten sich bis

zum Abend etwa 600 Personen in Mülheim.

Hagen 600:

Lautstark, aber zunächst friedlich demonstrierten am Sonntagnachmittag etwa 600 türkische Mitbürger in der Hager Innenstadt gegen die erneut aufgeflamnte PKK-Gewalt in ihrer Heimat. Doch nach Abschluss des angemeldeten Protestzuges schlug die lange gemäßigte Stimmung um und es kam unweit des kurdischen Zentrums am Bunker Körnerstraße zu einer heftigen und blutigen Auseinandersetzungen zwischen den Gruppen.

Duisburg 200:

Allerdings kam nach Polizeiangaben „erhebliche Unruhe im Demonstrationszug auf“, als sich am Wegesrand Kurden lautstark zu erkennen gaben. In der Folge nahm die Polizei fünf Personen vorläufig fest, unter anderem wegen Widerstandshandlungen und versuchter Gefangenenbefreiung. Dabei wurden fünf Polizeibeamte leicht verletzt.

Peine 250:

Der erste Halt war vor dem Haupteingang des Peiner Rathauses. Dort machte die Gruppe für eine erste Kundgebung halt. Organisator Ates und einige andere Personen stellten sich auf die Treppen des Rathauseingangs, eine Demonstrantin las etwas auf türkisch vor, die meisten Personen aus der Menge gaben laute Antworten. Eine Übersetzung folgte nicht.

Über den Graue-Wölfe-Aufmarsch in Stuttgart am 23. Oktober haben wir bereits mit Video ausführlich berichtet. Dort haben sich die türkischen Demonstranten wie Besatzer aufgeführt.

Ende September gab es Randalen in Essen:

Hunderte Polizisten zu Fuß, zu Pferd oder mit Hund, dazu ein Hubschrauber in der Luft und dutzende Fahrzeuge in der City. Das Polizeiaufgebot war riesig für die „Friedensdemonstration gegen den Terror in der Türkei“. Friedlich verlief sie am Ende

nicht. Acht Demonstranten wurden bei Krawallen im Hauptbahnhof festgenommen. Nach einer zunächst problemlosen Kundgebung gingen dort am späten Nachmittag türkisch-stämmige Teilnehmer und Kurden aufeinander los. Die Polizei setzte Pfefferspray ein. Ein Beamter wurde dabei leicht verletzt, der Hauptbahnhof teilweise gesperrt.

Ein Politiker der Linken wurde ebenfalls Ende September von zwei Türken gezielt überfallen und ins Krankenhaus geprügelt:

Zwei ihm bekannte junge Türken (22, 32 Jahre alt) haben den Lokalpolitiker in Duisburg-Hüttenheim zusammengeschlagen und ihm schwere Verletzungen an Kopf und Rippen zugefügt. Edis ist seither in stationärer Behandlung und wurde bereits mehrfach am Schädel operiert. Weitere Operationen stehen noch aus. Die Polizei hat ein Strafverfahren wegen gefährlicher Körperverletzung eingeleitet. Zu den Hintergründen kann sie jedoch noch nichts sagen.

Aber seit Wochen wird von allen Medien die wunderbare Bereicherung gefeiert, die wir seit dem Anwerbeabkommen mit der Türkei genießen dürfen. Das Ganze absurd schönfärberisch und weitestgehend unkritisch. Dabei wird immer wieder, fast schon in einer Art Symbiose, die türkische Flagge in die deutsche implantiert.



Und so müssen, wie auch die SPD in Jubelstimmung meint, 50 Jahre Anwerbeabkommen mit der Türkei wirklich ein Grund zum Feiern sein..